

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Bestellungen und Postwechselungen, nehmen zu. Im Falle höherer Preisänderungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Preis zu erhöhen. Die Zustellung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Einzelpreis: die 4-spaltige Raumeinheit 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2-spaltige Raumeinheit im täglichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Beleg- und Platzvergaben werden nach Möglichkeit angenommen bis norm. 10 Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der durch Ferntraf übermittelten Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Haftung. Jeder Nachtragsdruck erfolgt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 150 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Freitag, den 30. Juni 1933

Die „Heiligkeit“ der Verträge.

Neuer Vertragsbruch in Genf.

Abbrüstungsverpflichtung unbegrenzt verschleppt.

Der Hauptauschuss der „Abbrüstungskonferenz“ hat mit allen Stimmen gegen die Stimmen Deutschlands bei Stimmenthaltung Ungarns den Vorschlag des Präsidiums auf Vertagung der Abbrüstungskonferenz bis zum 16. Oktober angenommen. Da aber nach einer Erklärung Hendersons die Wiedereinberufung von einem „praktischen Ergebnis“ der vorgesehene Besprechungen mit den Hauptmächten abhängig gemacht wird und ein solches Ergebnis angesichts der Haltung der westlichen Mächte, vor allem des Abbrüstungsabstainers Frankreich, durchaus unwahrscheinlich ist, so ist die sogenannte „Abbrüstungskonferenz“ praktisch stillgelegt.

Der deutsche Vorkonferenzpräsident Dr. Radołny stellte fest, daß der Vorschlag der Londoner Besprechungen des Präsidenten Henderson nicht an der deutschen Regierung gelegen habe, die jederzeit zu Besprechungen zur Verfügung gestanden hätte.

Die übrigen in Frage kommenden Regierungen wären zu solchen Besprechungen in London nicht bereit gewesen.

Es müßte jedoch ernsthaft daran gezwifelt werden, ob der jetzt beschlossene Verhandlungswege der direkten Besprechungen in kurzer Zeit einen Erfolg bieten würde.

Vorkonferenzpräsident Radołny erklärte an den Präsidenten die Frage, ob er sich tatsächlich einen Erfolg verspreche, wenn er jetzt von Regierung zu Regierung reise und mit den einzelnen Kabinetten verhandle. Die Konferenz habe nach dem Londoner Beschluß nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die zweite Lesung durch ihre eigenen Organe selbst in die Hand zu nehmen.

Die Vertreter aller Staaten wären auf der Konferenz anwesend. Die deutsche Regierung bedauere außerordentlich den Vertagungsbefehl der Konferenz.

Es wird den Völkern, die die Ergebnisse der Abbrüstungskonferenz mit England erwarten, nicht klargemacht werden können, weshalb es einer so langen Vertagung bedarf, damit die Regierungen sich über die Hauptfrage der Abbrüstung, die

seit vierzehn Jahren

im Artikel 8 der Völkerbundsatzung vorgesehen ist, die von vornherein die Aufgabe dieser Konferenz war und die hier seit 1 1/2 Jahren behandelt wird, endlich schlüssig werden. Es wird der Welt noch weniger klargemacht werden können, warum während des Zeitraums, den man für Verhandlungen über die politischen Fragen vornehmen will, die ebenso notwendige Bearbeitung und Regelung der übrigen Fragen ruhen soll.

Seit vierzehn Jahren warten die abgerüsteten Staaten auf die Einlösung der Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung und auf die Wiederherstellung der Sicherheit. Allenhalben wird man gegen die Konferenz den Vorwurf erheben, daß eine derartige Vertagung nur der Anfang für einen Verzicht auf die Durchführung ihrer Aufgabe ist und nur ein Ergebnis erster Klasse der Konferenz bedeutet. Ich mache nachdrücklich auf die ersten Folgen aufmerksam, die zu befürchten sind, wenn das Mißtrauen gegenüber dem Willen der Konferenz, durch Zusammenarbeit und Verständigung zu einem Ergebnis zu gelangen, weiter um sich greift.

Die Regierungen, die den Vorschlag des Büros gutheißen, übernehmen eine schwere Verantwortung. Deutschland hat jedenfalls alles nur Mögliche getan, um die Konferenz zu ihrem Ziele zu bringen. Aus allen vorgebrachten Gründen muß ich mich demnach gegen den Vorschlag des Büros auf Vertagung der Konferenz aussprechen.

In einer offenkundig deutschfeindlichen und an Verdächtigungen und Drohungen überreichen Erklärung versuchte — wie immer — der Vertreter Frankreichs, Poincaré, Deutschland für den völligen Stillstand der Abbrüstungsverhandlungen verantwortlich zu machen. Er hatte dabei die Unverschämtheit, alle Tatsachen zugunsten Frankreichs einzuwerfen auf den Kopf zu stellen. Vorkonferenzpräsident Radołny antwortete ihm sofort: wenn Frankreich schon jetzt an der Einlösung eines zukünftigen Abbrüstungsabkommens zweifelt, dann habe ein solches überhaupt keinen Sinn. Deutschland jedenfalls werde ein solches Abkommen treu und loyal einhalten.

Die von mehr als 70 deutschen Städten, Gemeinden und Verbänden an den Präsidenten Henderson gesandten Protesttelegramme gegen den Abwurf von Geheimmaterial über Berlin durch fremde Flugzeuge sind von Henderson nicht einmal erwähnt worden!

Neue Reichsminister: Schmitt und Darré Hugenburgs Rücktritt genehmigt.

Amlich wird aus Reudel mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg hat auf Vorschlag des Reichskanzlers dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Reichswirtschaftsminister Doktor Hugenburg die erbetene Entlassung aus seinen Ämtern erteilt und den Generaldirektor der Allianz-Versicherungs-AG, Dr. Kurt Schmitt, zum Reichswirtschaftsminister sowie das Mitglied des Landtages, Dr. Walter Darré, zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernannt.

Gottfried Feder Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium.

Der Reichspräsident hat ferner den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Bang, einstweilen in den Ruhestand versetzt und zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium das Mitglied des Reichstages, Diplomingenieur Gottfried Feder, ernannt.

Wie die Telegraphenunion weiter erfährt, verbleibt der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, von Rohr, auf seinem Posten.

Zweistündige Besprechung Hitlers mit Hindenburg.

Reichskanzler Adolf Hitler war am Donnerstagnachmittag, 17.30 Uhr, im Kraftwagen von Flugplatz Marienburg kommend, in Reudel eingetroffen. Er wurde von dem Reichspräsidenten vor den Portal des Hauses Reudel herzlich begrüßt. Am schließend folgte eine etwa zweistündige Besprechung des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers über die gesamte politische Lage. Der Reichskanzler bleibt als Gast des Reichspräsidenten bis Freitag in Reudel.



Walter Darré.

Der zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernannte Bauernführer Darré wurde am 14. Juli 1895 in Belgrano (Argentinien) geboren und ist evangelischer Konfession. Er besuchte mehrere Schulen in Deutschland und studierte dann auf der Kolonialschule in Wismar, in Halle (Saale) und in Gießen Landwirtschaft. Nachdem er seine Studien mit dem Diplomlandwirtsexamen beendet hatte, war er in Oberbayern, Hessen und Oldenburg als praktischer Landwirt tätig, späterhin wurde er Volontär beim Ostpreussischen Gutshof in Insterburg. 1914 trat Walter Darré als Kriegsfreiwilliger bei der Feldartillerie ein und machte den ganzen Krieg an der Front mit. Er wurde zum Reserveoffizier befördert. In den Jahren 1928/29 war Darré in Riga bei der deutschen Gesandtschaft zur Wahrung ostpreussischer landwirtschaftlicher Belange tätig. Walter Darré schloß sich frühzeitig der nationalsozialistischen Bewegung an und wurde bald landwirtschaftlicher und rassenkundlicher Sachverständiger der Partei. Im Zuge der nationalen Erhebung wurde Walter Darré zum Reichsführer des deutschen Bauernstandes ernannt.

Walter Darré ist der Verfasser zahlreicher Bücher und Schriften landwirtschaftlichen und rassenkundlichen Inhalts, u. a. „Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse“, „Reuadel aus Blut und Boden“ und „Landvölk in Not“.



Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Gottfried Feder.

Diplomingenieur Gottfried Feder, der große Theoretiker der nationalsozialistischen Idee, wurde am 27. Januar 1883 in Würzburg geboren und ist protestantisch. Nach Besuch des humanistischen Gymnasiums und einem Hochschulstudium in München, Charlottenburg und Jülich bestand er im Jahre 1905 in München das Diplomexamen als Bauingenieur. Er wurde dann Konstruktionsingenieur bei einer Eisenbetonfirma und machte sich im Jahre 1908 selbständig. Nach einer ausgedehnten Unternehmerstätigkeit im Bau- und Ausbaubereich wandte er sich seit dem Jahre 1917 immer mehr theoretischen Studien finanzpolitischer und volkswirtschaftlicher Art zu. Durch das im Jahre 1919 erschienene Werk „Das Manifest zur Brechung der Jüdnenschaft“ und durch die Gründung des Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Jüdnenschaft wurde sein Name mit einem Schlag in aller Öffentlichkeit bekannt.

Feder war dann unter den Mitbegründern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und verfaßte im Jahre 1923 unter dem Titel „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“ ein ausführliches Programm des Nationalsozialismus. Zahlreiche weitere Bücher und Aufsätze, meist finanzpolitischer Art, folgten. Feder ist Mitglied der Reichsleitung der NSDAP und Vorsitzender der Kommission für Wirtschaftstechnik und Arbeitsbeschaffung bei der politischen Zentralkommission der NSDAP. Mitglied der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion war Feder seit der zweiten Wahlperiode des Jahres 1924. Nach Ausbruch der nationalen Revolution befaßte er sich vor allem mit der Organisation eines ständigen Aufbaus der deutschen Technik.

Kurt Schmitt.

Der neue Reichswirtschaftsminister, Generaldirektor Kurt Schmitt, wurde am 7. Oktober 1886 in Heidelberg geboren. Er war zunächst als Rechtsanwalt in München tätig und trat im Jahre 1913 als Entschädigungsbeamter in die Münchener Zweigniederlassung der Allianz-Versicherungs-AG ein. Im Jahre 1914 zog Schmitt ins Feld, wo er schwer verwundet wurde. Im Jahre 1915 kam Schmitt dann zur Direktion der Allianz-Versicherungs-AG in Berlin als Beamter; er wurde im Jahre 1917 Stellvertreter des Vorstandsmitgliedes und ein Jahr später ordentliches Vorstandsmitglied. Seine Ernennung zum Generaldirektor erfolgte 1921. Seit 1932 ist Schmitt Vorsitzender des Präsidiums des Reichsverbandes Deutscher Privatversicherungen. Außerdem ist Schmitt Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer in Berlin sowie Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank.



Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt.